

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 242.

Erscheint jeden Montag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf., u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.
Dienstag, den 17. Oktober.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Der Bimetallisten-Kongress in Köln.

Obgleich wir die Resultate des vor Kurzem in Köln a. Rh. versammelten Bimetallisten-Kongresses in Kürze schon erwähnt haben, erachten wir es bei der Wichtigkeit der Sache auch für unsere Gegend doch wohl nöthig, auf die Hauptversammlung hier nochmals eingehender zurückzukommen. Ihr Lager bekanntlich acht Theisen vor, welche folgenden Wortlaut haben:

I. Die Währungsfrage ist nicht national, sondern international. Jedes Land ist von der Münz-Gesetzgebung aller Länder abhängig, weil jede Aenderung der Münz-Gesetzgebung den Edelmetallwerth berührt und der Edelmetallwerth die Grundlage des Geldwesens der Kulturwelt bildet. Der einzelne Staat ist deshalb nicht im Stande, die so notwendige Werthbeständigkeit des Geldes herzustellen, hierzu bedarf es vielmehr einer Verständigung der Haupthandelsvölker über eine gemeinsame und gleiche Regelung der Münzsysteme. Diese Verständigung aber ist auf dem Boden jeder einzelnen Währung unmöglich, weil diese der beiden Edelmetalle allein für die Geldbedürfnisse der Menschheit ausreicht. Hieraus folgt mit Nothwendigkeit, daß eine Konsolidation des Geldwesens nur durch die internationale vertragmäßige Doppelwährung herzustellen ist.

II. Gelingt eine Verständigung der Völker über die vertragmäßige Doppelwährung nicht, so ist eine weitere Verdrängung und Entwerthung des Silbers und ein allgemeines Streben nach Einführung der Goldwährung unvermeidlich. Schädigt aber eine weitgehende Silber-Entwerthung die produktive Arbeit ebenso wie den gesamten Weltmarkt auf das Empfindlichste, so wird der heute schon bemerkbare Goldmangel in diesem Falle zu einer furchtbaren Arbeitskrisis und Handelskatastrophe ausarten. Weder die im Abnehmen begriffene Goldproduktion noch der bereits jetzt unzureichende Goldvorrath gestatten eine weitere Vermehrung der Nachfrage nach Gold, ohne daß eine Vertheuerung des Geldes mit ihren sozialen Gefahren eintritt. Ueberdies muß unzureichend gedecktes Papiergeld an die Stelle der Metallzirkulation treten und neben hochgradig unterwerthiger Scheidemünze die Solidität des gesamten Geld- und Kreditwesens untergraben.

III. So ernstes Gefahren gegenüber bleibt als alleiniges Rettungsmittel die Herstellung der internationalen, vertragmäßigen Doppelwährung. Daß durch diese das Werthverhältniß zwischen Silber und Gold fixirt werden kann, ist wissenschaftlich erwiesen und wird in Deutschland auch von den wissenschaftlichen Gegnern des Bimetallismus, wie Soetbeer und Wasse, anerkannt. Nur die Wiedereinführung des Silbers als Weltgeld kann dem Goldmangel ein Ende machen und die Silber-Entwerthung beseitigen. Ein Sinken des Geldwertes ist von der Einführung des Bimetallismus nicht zu fürchten, da die Silberbestände von der Entwerthung überwiegend bisher nicht betroffen sind, eine große Zahl von Staaten ihr ungedecktes Papiergeld durch Silber ersetzen werden und die Silberproduktion weder übermäßig groß ist, noch übermäßig ausgedehnt werden kann. Nebst der Beseitigung der durch die Goldwährung drohenden Gefahren und der Begründung der Währungs-Einheit der Kulturwelt wird die Durchführung des Bimetallismus zu einer wesentlichen Beschränkung des ungedeckten Papiergeldes führen und damit die Solidität des Verkehrs erhöhen und die Diskont-Schwankungen beschränken.

IV. Die öffentliche Meinung Deutschlands würde das Zustandekommen des Bimetallismus freudig begrüßen, sobald England sich demselben anschließt. Die überwiegende Zahl der Anhänger der Goldwährung in Deutschland hält nur darum am Prinzip der Goldwährung fest, weil man die bimetallistischen Bestrebungen in England für aussichtslos erachtet. Im Augenblick bedürfte es nur der Zustimmung Englands und die Verständigung der Völker über den Bimetallismus wäre erzielt. So lange aber England bei der Goldwährung beharrt, wird weder die Regierung noch die öffentliche Meinung Deutschlands eine Freigabe der Silber-Ausprägungen zugestehen, und es würden demnach alle Bemühungen für das Zustandekommen des Bimetallismus vergeblich bleiben. Von der Ansicht des englischen Volkes hoffen wir, daß es den Segen und die Nothwendigkeit der vertragmäßigen Doppelwährung erkennen und durch Annahme des Bimetallismus den wirtschaftlichen Verkehr der Nationen um ein neues bedeutendes Förderungsmittel bereichern werde.

V. Die Geld- und Münz-Verhältnisse aller Länder sind gegenwärtig verwirrt und unbalancirt. England leidet durch seine indischen Besitzthümer am meisten unter der Silberentwerthung, und als Hauptmarkt des Goldes empfindet es die Folgen des internationalen Goldmangels am härtesten. Allein überall auf dem Kontinent von Europa, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bildet die Zirkulation von Milliarden entwertheten Silbergeldes eine ernste Bedrohung der Sicherheit des Geldwesens; überall würde die Einführung der Goldwährung als nothwendig sich erweisen, wenn es nicht gelingt, den Silberwerth wieder herzustellen. Die hervorragendsten Männer aller Länder unterstützen deshalb auf das Eifrigste die bimetallistischen Bestrebungen, und die Regierungen Frankreichs, Italiens, Hollands, Spaniens und der Vereinigten Staaten haben die Durchführung des Bimetallismus zum Ziel ihrer Währungs-politik gemacht.

VI. Silberentwerthung und Goldmangel haben empfindlichen Schaden, insbesondere auch für die Entwicklung des deutschen Handels und für den deutschen Wohlstand mit sich gebracht. Der Export nach den amerikanischen und asiatischen Silberländern ist beschränkt, die so wichtige Silberproduzirende deutsche Häuten-Industrie schwer geschädigt, Handel und Wandel durch häufige Diskont-Erhöhungen in Folge des Kampfes um das Gold erheblich gestört. Abhilfe erscheint dringend notwendig; ein Beharren Deutschlands bei der Goldwährung aber würde

alle diese Uebelstände gewaltig verschärfen. Gelänge es der deutschen Goldwährungspartei, ihrem Programm gemäß eine Wiederaufnahme der deutschen Silberverkäufe durchzuführen, so würde man vom pessimistischen Standpunkt aus vielleicht annehmen können, daß die hieraus erwachsenden schweren Kalamitäten die gesammte Welt von der Unmöglichkeit überzeugen würden, auf der Ausdehnung der Goldwährung zu beharren, immerhin aber würde eine solche Maßregel aufgeföhrt werden als ein Sieg der Goldwährungspartei. Die Silberentwerthung und die Goldnachfrage würde sich unberechenbar steigern und zu einer ersten Gelähmung unserer gesamten Wirtschaftsordnung führen. Die definitive Beibehaltung der in Deutschland noch zirkulirenden Silberthaler, mithin der Bruch mit dem Prinzip der Goldwährung, ist folglich eine unabwendliche Nothwendigkeit.

VII. Unerreichte Bemühungen müssen demnach darauf gerichtet sein, so lange der Widerstand Englands die Erreichung der vertragmäßigen Doppelwährung verhindert, durch Erstredung eines Uebergangsstadiums die Härten und Gefahren der gegenwärtigen Situation zu mildern und die Einführung des Bimetallismus vorzubereiten. Wir streben deshalb in erster Linie dahin, eine Wiederaufnahme der deutschen Silberverkäufe durch definitive Beibehaltung der Silberthaler unmöglich zu machen. Ist dies geschehen, so ist der Grund beseitigt, weswegen dem Silber die europäischen Münzstätten geschlossen wurden. Wir hoffen, daß es dann gelingen wird, durch allmähliche Wiederaufnahme limitirter Silberausprägungen den Silberwerth zu heben. So werden einerseits die etwaigen Störungen bei plötzlicher Werthsteigerung des Silbers vermieden, während andererseits durch Beseitigung der Silberentwerthung ein Hauptbedenken gegen den Bimetallismus fortfällt.

VIII. Die deutschen Bimetallisten halten daran fest, daß Deutschland die Goldvaluta aufrecht erhalten muß, so lange England das Gleiche thut. Die Bimetallisten einer Gelähmung der Valuta zu beizuhelfen, kann deshalb nur Folge von Unkenntnis oder böser Absicht sein. Die deutschen Bimetallisten wollen aber mit dem Verlangen nach definitiver Beibehaltung unserer jetzigen Zirkulationsmittel den Anstoß zu einer Beseitigung der Silberentwerthung und des Goldmangels geben. Andererseits verlangt die deutsche Goldwährungspartei Wiederaufnahme der deutschen Silberverkäufe, und mithin enthalten deren Bestrebungen eine ernste Gefahr für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Sache der öffentlichen Meinung ist es, sich darüber zu entscheiden, ob das deutsche Silber zu verkaufen ist oder nicht; hierüber die durch eine sachkundige, parteiliche Presse irtre geäußerte öffentliche Meinung aufzuklären, ist Zweck und Ziel der bimetallistischen Bewegung.

Zu Theise I sprach Reichstagsabgeordneter v. Neben (Hamel). Die vorliegende Frage ist eine der wichtigsten, ich darf sogar sagen, die wichtigste aller Fragen; denn die in der Silber-Entwerthung liegende Geldvertheuerung vermag Niemand zu leugnen. Sie ist namentlich wichtiger, wie alle Steuerfragen. Schon Newton, der berühmte Astronom und Münzdirektor, hat die vertragmäßige Währung und ein festes Werthverhältniß der Edelmetalle verlangt. Daran haben die beiden berühmten Schriftsteller de Laveleye und Cernuschi angeknüpft. Neben ging dann auf die gegenwärtigen Verhältnisse über, welche sich in dem Sturm für Gold, dem Kampf um das Gold, zuspielen, der jetzt bereits in einzelnen Momenten eintritt.

Professor de Laveleye (Lüttich) vertrat die These II. Er lieferte in französischer Sprache eine kurze Betrachtung über die internationale Seite der Sache und warnte davor, dieselbe, wie es in Deutschland so vielfach geschieht, zu einer politischen Parteiache zu machen. Er führte das bekanntlich vom Fürsten Bismarck zuerst gebrauchte Bild von der zu kurzen Decke von Gold weiter aus, indem er dasselbe auf die verschiedenen Länder anwandte. Als schlagendes Beispiel bezeichnete er die augenblickliche Lage Italiens, welches mit großen Opfern sich Gold verschafft habe, um die Baarzahlung wieder aufzunehmen und jetzt bereits vor den Folgen des in einigen Monaten zu erwartenden Wiederabflusses des Goldes zittere. In Holland sei es noch schlimmer, da der Goldabfluß daselbst bereits stattgefunden habe. Das Wort vom „Sturm für Gold“ sei keine Uebertreibung, sondern eine Thatsache. Jeder wolle dem Andern das wenige Gold entreißen, was er besitzt; das sei die Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage. Durch die versuchte Einführung der Goldwährung habe man die klarsten Naturgesetze und die geschichtlichen Rechte verletzt. Die Goldwährung müsse alle Preise und die Löhne der Arbeiter herabdrücken. (Schluß folgt.)

Tageschau.

Freiberg, den 16. Oktober.

Nur noch wenige Tage und es fallen im leitenden deutschen Bundesstaate, im Königreich Preußen, die Würfel über die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses. Von dieser Zusammensetzung wird ohne Zweifel der Gang der gesammten deutschen Politik in vielen wichtigen Punkten abhängen. Offenbar befindet die

innere Politik sich in einer verfahrenen Situation, aus welcher die Einen durch ihren Radikalismus, die Andern durch eine kräftige Reaktion nur retten wollen. Können aber wohl besonnene Staatsmänner in einem übereilten Fortschritt oder einer zwangsmäßigen Jurisdiktion ein dauerndes politisches Heil für den Gang der inneren Geschäfte erwarten? Das, was wir brauchen können, ist ein allmählicher, friedlicher Fortschritt ohne Ueberstürzungen, aber auch ohne zwangsmäßige Hemmungen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht man aber Duldsamkeit und sachliche Prüfung einer Frage, mit einem Worte mehr Realpolitik und weniger Parteipolitik. Könnten sich nicht Männer finden, die ohne Rücksicht auf die trennenden Parteiunterschiede sich sachlich mehr zusammenfinden und sachlich etwas zu erreichen bemüht sind? Könnten nicht überhaupt die Wähler solche Eigenschaften von ihren Kandidaten verlangen? Niemand würde den Wählern derartige Forderungen bestreiten können, denn das ewige Parteigezänk und die ewige Verneinung in unseren maßgebenden Parlamenten werden die Wähler wohl nun ziemlich satt haben und mit Programmen und Verdammungsurtheilen allein wird sich das Volk wohl nicht auf die Dauer abspesen lassen. Es werden sachliche Leistungen verlangt, weil sie allein zum Leben und Streben wirklich etwas nütze sind und betritt man diesen Weg, so werden zwar die Parteiunterschiede noch nicht verschwinden und vollständige Eintracht in unsere Parlamente einziehen, wohl aber werden die kleinlichen und erbärmlichen Fraktionsstreitigkeiten der Väterlichkeit verfallen und mehrere Parteien dasjenige herausfinden, was sie gemeinschaftlich erstreben können. Nach Erreichung eines solchen Unerständnisses wird sich auch stets eine zweckmäßige Verständigung mit der Regierung finden lassen. — Die letzten Nachrichten aus Baden-Baden melden, daß der Kaiser einer kleinen Unpäßlichkeit wegen weder die üblichen Promenaden und Spazierfahrten unternommen, noch auch Einladungen zur Tafel ergehen ließ. Die Unpäßlichkeit dürfte auf den in diesen Tagen erfolgten Umschlag des Wetters zurückzuführen und nur vorübergehender Natur sein. Den neuesten Dispositionen zufolge beabsichtigt der Kaiser am 4. und 5. November der Einladung des Grafen Stolberg-Wernigerode zu Jagden in den Besitzungen desselben zu entsprechen. — Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des preussischen Unterstaatssekretärs Herfurth zum Vorsitzenden der Reichskommission für Appellationen gegen die Maßregeln von Entschädigungen, welche auf Grund des Sozialistengesetzes ergangen sind. Dieser Posten war nach dem Tode des Geheimraths Staff längere Zeit hindurch unbesetzt. — Die Mittheilung, daß der bekannte Agitator der Antisemiten und jetzige offizielle Wahlreisende der konservativen Partei Herr Greiner in Barzin gewesen und dort mit dem Justizminister Dr. Friedberg ganz zufällig zusammengetroffen, wird vollauf bestätigt. Nach Mittheilung des „Montags-Blattes“ hat der Reichskanzler zu den beiden anwesenden Gästen geäußert: „Die beiden Herren haben sich hier bei mir wohl ein Rendez-vous gegeben?“ Dieses Bonmot des Fürsten Bismarck wird in parlamentarischen Kreisen viel belacht. — Der seit dem am 20. Oktober 1879 erfolgten Tode des Herrn v. Bülow fast drei Jahre lang verwaist gewesene Posten des Staatssekretärs im deutschen auswärtigen Amte ist nunmehr definitiv durch den Grafen Hatzfeldt besetzt worden. Gleichzeitig wird die Berufung des Gesandten am griechischen Hofe, Herrn v. Radowitz, zum Votschafter in Konstantinopel als definitiv, als dessen Nachfolger in Athen aber der bisherige preussische Gesandte in Weimar, Legationsrath Frhr. v. Brincken, bezeichnet. — In Folge der Kündigung der direkten Tarife zwischen Preußen und der österreichischen Nordwest- und Elbthalbahn ist die Vermittelung des Verkehrs mit den Konkurrenzstationen Wien, Prag etc., unter Ausschluß der österreichischen Nordwestbahn, in Aussicht genommen und wird im Uebrigen für den Verkehr mit den Nichtkonkurrenzstationen eine anderweite, für die preussischen Staatsbahnen günstigere Instruktion und Frachtwerttheilungsvereinbarung angestrebt werden. Da die Kündigung an eine halbjährige Frist gebunden ist und daher erst im nächsten Jahre perfekt wird, so nimmt der „Börsenkourier“ an, daß bis dahin eine den Wünschen der beiderseitigen Kontrahenten entsprechende und den Verhältnissen billiger Weise Rechnung tragende Konzession gemacht und die Reaktivierung des qu. Verkehrs zu Stande kommen wird. — Der Präsident des Landgerichts in Bromberg, Herr Laube, feierte gestern unter großer Theilnahme der Militär- und Zivil-